

Pressekonferenz, 11. November 2014

Einstieg in Arbeit – Die Rolle der Arbeitsmarktregulierung

Statement

Hubertus Pellengahr

Geschäftsführer

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ein Blick auf den Arbeitsmarkt insgesamt zeigt: Im Vergleich zu einigen Nachbarländern können wir mit der Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung zufrieden sein. Die Zahl der Erwerbstätigen ist so hoch wie nie und die Zahl der Arbeitslosen hat sich in den letzten Jahren auch deutlich verringert.

Einen wichtigen Teil dazu haben die Reformen der Agenda 2010 beigetragen. Sie basierten auf der Einsicht, dass die Balance zwischen Sicherheit für Arbeitnehmer auf der einen Seite und Flexibilität für die Arbeitgeber auf der anderen Seite aus dem Gleichgewicht geraten war. Es folgten Reformen, die die Anreize zur Arbeitsaufnahme erhöhten, was die Einstiegschancen für Arbeitslose entscheidend verbesserte. Damit ist uns gelungen, was im Ausland häufig als das „German Jobwunder“ bezeichnet wird. Mehr Flexibilität war der Schlüssel zum Erfolg.

Und dennoch dürfen wir uns auf diesem Erfolg nicht ausruhen, denn nicht alle haben vom Aufschwung profitiert. Das zeigt ein Blick in die Details. In einigen Regionen in Deutschland ist die Arbeitslosenquote noch immer hoch. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen stagniert seit mehreren Jahren bei über einer Million – unter den OECD Ländern ein sehr hoher Wert. Diese Menschen dürfen wir nicht vergessen. Das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft ist: Chancen für Alle.

Gelingt es nicht die Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen, droht ein gespaltener Arbeitsmarkt. Mit Fachkräftemangel auf der einen, bei gleichzeitig hoher Langzeitarbeitslosigkeit auf der anderen Seite.

Positiv ist: Die Bundesregierung hat das erkannt. Erst vergangene Woche hat die Arbeitsministerin Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit im Ausschuss für Arbeit und Soziales vorgestellt. Doch wo Licht ist, ist auch Schatten: Statt neue arbeitsmarktpolitische Konzepte einzuführen, die die Ursachen der

Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen, sollen nur die Symptome des Problems gelindert werden. Richtig wäre, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit echte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose entstehen können, statt in großem Stil Jobs dauerhaft zu subventionieren.

Dabei muss es das vorrangige Ziel sein, bestehende Einstiegsmöglichkeiten zu erhalten. Der erste Schritt wäre, den Arbeitsmarkt nicht mit Regulierungen und Vorschriften zu überfrachten, die teilweise sogar noch über den Stand vor der Agenda 2010 hinausgehen.

Wie haben Arbeitslose in den vergangenen Jahren den Sprung in eine abhängige Beschäftigung geschafft? Diese Frage haben wir dem IW Köln gestellt. Die Ergebnisse liefert das Gutachten, das Ihnen die beiden Arbeitsmarktexperten gleich vorstellen werden. Das zentrale Ergebnis lässt sich leicht zusammenfassen:

Es sind insbesondere die flexiblen Beschäftigungsformen, die sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnisse wie Zeitarbeit, Teilzeit, befristete und geringfügige Arbeitsverhältnisse, die Einstiegschancen schaffen. Fast zwei Drittel der Arbeitslosen, die zwischen 2005 und 2012 eine abhängige Beschäftigung aufgenommen haben, ist der Einstieg über diese Beschäftigungsformen gelungen. Das sind also genau jene Bereiche, die häufig in der Kritik stehen und laut Koalitionsvereinbarung zum Teil noch strenger reguliert werden sollen, als sie das ohnehin schon sind.

Rund 78 Prozent der Langzeitarbeitslosen, die im untersuchten Zeitraum in eine abhängige Beschäftigung eingestiegen sind, fanden einen Job in atypischer Beschäftigung. Für sie sind befristete oder geringfügige Beschäftigungen die wichtigsten Einstiegstore.

Für geringqualifizierte Arbeitslose ist verhältnismäßig oft die Zeitarbeit der Schlüssel beim Einstieg in eine abhängige Beschäftigung.

Die niedrigen Arbeitslosenzahlen und den hohen Beschäftigungsstand verdanken wir unserem flexiblen Arbeitsmarkt. Die Bundesregierung ist dabei, diese Errungenschaften abzuwickeln. Sie riskiert damit Beschäftigungsverluste und steigende Arbeitslosigkeit.